

## Ratsinfo Nr. 10

### Sitzung des Stadtrates am 28. März 2011

Nachdem in einer kurzen Sitzung des Stadtrates am 17. Januar 2011 der Haushalt eingebracht wurde, d.h. die städtischen Finanzplanungen für 2011 von Oberbürgermeister und Stadtkämmerer vorgestellt wurden, kam es in der Sitzung am 28. März 2011 nun zur Abstimmung über das vorgelegte Papier. Noch vor Sitzungsbeginn war nicht klar zu erkennen, welche Ratsfraktionen dem **Haushaltsentwurf 2011** nun zustimmen würden und welche ihn ablehnen würden.

Der Haushaltsentwurf 2010 und das dazugehörige **HSK (Haushaltssicherungskonzept)**, ein allumfassendes und ziemlich Bürgerbelastendes Einspar- und Einnahmepapier, wurde im letzten Jahr von Oberbürgermeister Sauerland (und ´seiner´ Verwaltung) erstellt und daher auch von der CDU gelobt und begrüßt. Schon damals wurde der Haushaltsentwurf und das HSK von SPD, Linken und Grünen radikal verändert, nach deren Vorstellungen „sozial gerecht“ umgestaltet und mehrheitlich beschlossen. Interessant wurde die Haushaltsverabschiedung in diesem Jahr, weil Oberbürgermeister Adolf Sauerland für 2011 exakt den Haushaltsentwurf und die Fortschreibung des HSK von 2010 einbrachte, mit allen Ideen und Zahlen, die SPD, Grüne und Linke im letzten Jahr ´angepasst´ und beschlossen hatten. Und es stellte sich die Frage, ob SPD, Linke und Grüne dies nun als „ihren“ Haushaltsentwurf betrachten würden oder ob die CDU dem Entwurf zustimmen würde, da der ursprüngliche Entwurf 2010 ja vom CDU-Oberbürgermeister erarbeitet wurde.

Doch an erster Stelle der Tagesordnung standen die **Stellungnahmen der Fraktionsvorsitzenden** zum Haushaltsentwurf, wie im Bundestag und Landtag auch im Duisburger Stadtrat eine jährlich stattfindende grundsätzliche ´Abrechnung´ mit dem politischen Gegner. Und Herbert Mettler (SPD), Petra Vogt (CDU), Prof. Dieter Kantel (Grüne), Hermann Dirkes (Linke), Wilhelm Bies (FDP), Stefan Krebs (DWG) und Knut Happel (BU) gingen nicht zimperlich miteinander um (die Rede des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Bies können Sie im Internet nachlesen unter <http://www.fdp-duisburg.de/Fraktion.htm>). Viele der verwendeten Begriffe und Vorwürfe in den Haushaltsreden und in den zahlreichen, ungewöhnlich lauten Zwischenrufen, lagen knapp unter der Beleidigungsgrenze. Manches klang außerordentlich Feindselig oder entsprang offenbar tiefer Enttäuschung, manche Aufregung war ganz offensichtlich bewusst inszeniert. So sparten SPD, Grüne und Linke nicht mit Kritik am OB, an der letzten Landesregierung und an der aktuellen Bundesregierung und CDU, FDP und DWG nutzten die Gelegenheit, um die inzwischen offizielle Zusammenarbeit der SPD und der Grünen mit den Linken anzuprangern.

Während der Reden konnte man schon deutlich heraushören, dass die CDU dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen würde, stattdessen aber gerne den Entwurf des vergangenen Jahres in seiner Originalversion zur Abstimmung bringen würde. SPD, Grüne und Linke hatten Schwierigkeiten zu erklären, warum ihre Einspar- und Einnahmenvorschläge aus dem letzten Jahr, ihrer Meinung nach zwar ausreichend waren, der Regierungspräsident aber in einem Schreiben vom Dezember, weitere Maßnahmen einforderte, damit der neue Haushalt (im Gegensatz zum letzten) genehmigungsfähig wäre.

**FDP-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bies** erklärte schlüssig, dass der städtische Haushalt nur wieder in den Griff zu bekommen wäre, wenn die Stadt sich endlich von den zahlreichen Gesellschaften und Gesellschaftsanteilen trennen und die Einnahmen zur Schuldentilgung einsetzen würde, wie es die FDP bereits seit Jahren fordert. Folgerichtig hatte die FDP-Ratsfraktion als eigenen, dritten Weg der Haushaltskonsolidierung folgende Anträge eingebracht: 1. Verkauf der Gebag, 2. Verkauf der städtischen Anteile an der Hafen AG, 3. Verkauf des 51%igen Anteils am Klinikum (Wedau), 4. Verkauf der städtischen RWE-Aktien, 5. Verkauf

städtischer Anteile an der Stadtwerke AG. Mit den Erlösen könnte ein großer Teil der Altschulden abgebaut werden, so das deutlich weniger Zinszahlungen erforderlich wären, die derzeit mit fast 100 Mio. Euro jährlich zu Buche schlagen und der eigentliche und entscheidende Grund dafür sind, dass die jährlichen Einnahmen die jährlichen Ausgaben nicht mehr decken (können). Beinahe schon traditionell stimmte der gesamte Rat (bis auf die DWG-Fraktion) völlig kommentarlos gegen diese FDP Anträge. Im **FDP-Antrag zum Verkauf der RWE-Aktien** war bewusst formuliert, dass diese sofort veräußert werden sollten, sobald der Aktienkurs die Marke von 70,- Euro erreicht. Die CDU versuchte noch 'scheinfromm' vor der Abstimmung ihre Zustimmung anzubieten, wenn die Verkaufs-Kursmarke von 70,- auf 100,- Euro festgelegt würde. Ein Kursniveau, das RWE-Aktien noch nie in ihrer Geschichte hatten.

Aber auch die **Haushalts-Anträge der CDU** wurden alle mehrheitlich abgelehnt. So forderte die CDU, die Erhöhung der Gewerbesteuer, die im letzten Jahr von Rot-Rot-Grün beschlossen wurde, zurück zu nehmen und als Kompensation die Sparvorschläge des Oberbürgermeisters vom letzten Jahr zu beschließen. Dem ersten Teil, der Zurücknahme der Gewerbesteuererhöhung, konnte die FDP noch zustimmen, stattdessen aber den unverantwortlichen Einsparmaßnahmen des letzten Jahres zuzustimmen, entspricht nicht den Einnahme- und Einsparvorschlägen der FDP. Auch bei den weiteren CDU-Anträgen, der Zurücknahme der Übernachtungsabgabe und der Nicht-Erhöhung der Grundsteuer (die in diesem Jahr von Rot-Rot-Grün geplant war), setzte die CDU steht's als Kompensation auf die Sparvorschläge des Oberbürgermeisters des letzten Jahres.

**Die Haushaltsvorschläge der DWG** (Duisburger Wähler Gemeinschaften, ein Zusammenschluss dreier Einzelvertreter von SGU, DAL und JungesDuisburg) beschränkten sich auf deutlich kleinere Summen, wie die Einstellung der städtischen Mitarbeiterzeitung oder die Senkung bzw. Änderung des Sitzungsgeldverfahrens für Mandatsträger. Als „wenig durchdacht“ und „derzeit nicht durchführbar“ empfanden die FDP-Ratsmitglieder (sowie der übrige Rat) den Vorschlag, die 7 Duisburger Bezirksämter auf lediglich 3 zu reduzieren.

**Heftigen Wortwechsel mit dem Oberbürgermeister** gab es, als SPD, Grüne und Linke in einem Antrag forderten, dass die vom Rat der Stadt beschlossenen Aufgaben, Zahlungen und Summen auch immer, wie beschlossen, komplett an den benannten Empfänger ausgezahlt werden sollten. Der Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer versuchten dem Rat zu erklären, dass sie 'im Sinne' der Finanzaufsicht verschiedene Summen nicht ganz auszahlen dürften und ggf. regresspflichtig wären, gestanden aber gleichzeitig ein, dass die Finanzaufsicht dies explizit so nicht verfügt hat. Die Ratsmitglieder wollten sich aber durch OB und Kämmerer nicht ihre Finanzhoheit nehmen lassen und beschlossen einstimmig diesen Antrag (die CDU nahm an dieser Abstimmung nicht teil).

Bevor es zur endgültigen Abstimmung über den Haushaltsplan 2011 kam, verhalfen SPD, Grüne und DWG noch einer skurrilen **Resolution der Linken** zur Mehrheit, in der die Bürger aufgefordert werden, „gegen weitere Streichungen im sozialen Bereich zu protestieren“, und ihren Forderungen „mit geeigneten Mobilisierungen Nachdruck zu verleihen“, sowie die Landes- und Bundesregierung zu finanziellen Hilfen aufgefordert werden, zu mehr „vorsorgender Sozialpolitik“ in den Kommunen, zur „Stärkung der Gewerbesteuer“ und ganz allgemein gefordert wird: „kein Jugendlicher ohne Schulabschluss – keine Chance der Chancenlosigkeit“.

Nach ca. 3 Stunden stimmte die **Mehrheit aus SPD, Grünen und Linken** für den Haushaltsentwurf 2011, CDU, FDP, DWG und Ratherr Happel (BU) dagegen und der Oberbürgermeister enthielt sich der Stimme. Bei der gesamten Diskussion um den Haushalt wurde das fortdauernde und belastende Dilemma des Stadtrates deutlich, bei dem sich ein CDU-Oberbürgermeister (gestützt von der CDU-Fraktion und in der Verwaltung durch 2 CDU-Dezernenten und einigen CDU-freundlichen Gesellschafts-Geschäftsführern) und eine zahlenmäßig übermächtige Rot-Rot-Grüne Ratsmehrheit gegenüber stehen, die darauf angewiesen sind, dass der OB ihre Beschlüsse umsetzt. In früheren Zeiten konnte man die regierenden Fraktionen deutlich von den Oppositionellen unterscheiden, in den vergangenen Jahren hat man das Gefühl, dass der Rat nur aus „Oppositionsfraktionen“ besteht, die sich – je

nach Zuständigkeit der Politik und/oder der Verwaltung – ständig gegenseitig anprangern. Man beobachtet immer mehr einen relativ hilflosen Rat und einen relativ machtlosen Oberbürgermeister, die sich gegenseitig 'nichts schenken'.

#### **Die weiteren Themen der Stadtratssitzung am 28. März 2011:**

SPD, FDP, DWG, Grüne und Linke entschieden mehrheitlich, dass die **Stelle eines Dezernenten** für Stadtplanung und Stadtentwicklung wieder ausgeschrieben werden soll, da Dezernent Jürgen Dressler (SPD) in der vorletzten Ratssitzung - einstimmig - nicht erneut gewählt wurde. CDU, Oberbürgermeister und Ratsherr Happel (BU) waren der Meinung, dass das Planungsamt zusätzlich vom Umweltdezernenten und Stadtdirektor Dr. Peter Greulich (Grüne) geleitet werden könne.

In den folgenden 2 Stunden arbeitete der Rat die üblichen **Routineaufgaben** ab, wie z.B. die Aufstellung von Bebauungsplänen, Flächennutzungsplänen, die Änderung von Ausschuss- und Gremienbesetzungen, die Kenntnisnahme über erfolgte Gesellschafterversammlungen, Genehmigung von Jahresabschlüssen und Wirtschaftsplänen städtischer Gesellschaften und Beteiligungen, sowie rechtlich erforderliche Anpassungen von städtischen Satzungen und die Genehmigung der verkaufsoffenen Sonntage in den Stadtbezirken. Weiterhin wurde ein vom Jugendamt erstellter Kinder- und Jugendförderplan zur Kenntnis genommen, Sonderzuschüsse an Träger von Kindertageseinrichtungen gewährt und die Zuschüsse an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege beschlossen. Alle beschlossenen Zuschüsse sind 'alternativlos', da es sich um städtische Pflichtaufgaben handelt, die die Stadt zwar auf andere überträgt aber bei denen die Stadt die Leistung andernfalls selbst erbringen müsste, was sicherlich deutlich teurer wäre.

SPD, Grüne Linke und DWG setzten mit Mehrheit durch, dass die diesjährigen **Umwelttage** „nach Möglichkeit“ drei Wochen dauern sollten. Die Verwaltung hatte in einer Beschlussvorlage dargestellt, dass die Umwelttage, die in den vergangenen Jahren immer ca. 2 Wochen dauerten, auf 3 bis 5 Tage reduziert werden müssten, weil Sponsorengelder und die organisatorischen Möglichkeiten deutlich abgenommen haben. CDU und OB stimmten dagegen, die FDP enthielt sich hier der Stimme, weil beide Seiten ihre Positionen nicht eindeutig erklärten.

Vor 7 Jahren hat die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gebag Zuschüsse dafür bekommen, dass sie den „**Malakow-Turm**“ in Homberg saniert, mit der Auflage, dass dort innerhalb von 3 Jahren 150 Büro-Arbeitsplätze entstehen sollten. Nun, nachdem 7 Jahre vergangen sind, stellt die Gebag fest, dass sie die damalige Fördervoraussetzung nicht erfüllen kann. Freundlich, wie die Politik mit ihren Gesellschaften umgeht, beschloss der Rat jetzt kommentarlos und gegen die Stimmen der FDP, dass die Förderauflage nachträglich geändert wird, indem „zu irgendeinem unbestimmten Zeitpunkt“, „irgendeine Anzahl von (irgendwelchen) Arbeitsplätzen“ entstehen solle. Der städtische Zuschuss muss natürlich nicht zurückgezahlt werden.

Eine völlig unspektakuläre und völlig unkommentierte aber finanziell schwerwiegende Maßnahme beschloss der Rat mit dem **Baubeginn der Deichsanierung bzw. der Deichrückverlegung** im Rheinbogen Duisburg-Mündelheim. Insgesamt wird diese Maßnahme 57,22 Mio. Euro kosten, wovon 52,638 Mio. gefördert werden, d.h. von Land und/oder Bund/EU bezahlt werden.

Der städtische Eigenbetrieb DuisburgSport hatte im vergangenen Jahr die **Wassertemperatur in den städtischen Hallenbädern** gesenkt und gleichzeitig die Eintrittspreise erhöht (damals so vom Rat, gegen die Stimmen der FDP, beschlossen). Auch jemand, der keine hellseherischen Fähigkeiten besitzt, konnte damals schon ahnen, was daraufhin passieren würde: ein Teil der Gäste blieb aus, weil sie nicht bereit waren ohne jede Gegenleistung die erhöhten Preise zu bezahlen, ein anderer Teil verirrte sich einmalig in die kühlen Gewässer und besuchte beim nächsten mal lieber die Schwimmbäder in den umliegenden Städten. Also ein dramatischer Umsatz- und Gewinneinbruch, obwohl diese Maßnahme eigentlich der Erhöhung der Umsätze, und somit der Senkung der städtischen Zuschüsse dienen sollte. Jetzt schlug DuisburgSport zur Lösung des Problems vor, die Wassertemperatur wieder zu erhöhen, aber gleichzeitig die Eintrittspreise noch einmal zu erhöhen, da die Gäste dies nach Umfragen von DuisburgSport so

akzeptieren würden. Erstens glaubt die FDP-Fraktion nicht an diesen Effekt und zweitens hat dieser Vorschlag bereits heftige Diskussionen in den Bezirken ausgelöst.

Die Bezirksvertretungen Walsum und Rheinhausen hatten deshalb beschlossen, dass die Wassertemperatur in den Hallenbädern erhöht werden soll, aber die Eintrittspreise im Moment so belassen werden sollen, wie sie sind. Da diese Beschlüsse in den Bezirken einstimmig gefallen waren, ist die FDP-Ratsfraktion davon ausgegangen, dass der Rat ebenso entscheiden würde. Dementsprechend stellte Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bies den Antrag, beide Beschlussteile getrennt abzustimmen. Überraschenderweise stimmte nur die FDP für die Erhöhung der Wassertemperatur und **gegen die Erhöhung der Eintrittspreise**, alle anderen Fraktionen stimmten kommentarlos für die Erhöhung der Temperatur und die Erhöhung der Eintrittsgelder.

Dies war nicht das erste mal, dass vorherige Entscheidungen in den Bezirken im Stadtrat nicht zur Kenntnis genommen wurden und Vertreter der eigenen Parteien anders abstimmten, als die Kollegen in den Stadtteilen. Entweder stimmt die Kommunikation zwischen den Bezirksvertretern und den Ratsmitgliedern bei den anderen Parteien nicht, oder man vertritt unterschiedliche Positionen innerhalb einer Partei bzw. Fraktion. Die FDP-Ratsfraktion hält in allen Gremien (Ausschüsse, Beiräte, Aufsichtsräte, Bezirksvertretungen, Stadtrat) immer äußerst verlässlich ihre politische Linie und ändert getroffene Entscheidungen (soweit dies rechtlich möglich ist) nicht grundlos. So z.B. auch bei Tagesordnungspunkt 64 und 65, der Aufstellung eines Bebauungsplanes und der Änderung des Flächennutzungsplanes auf dem **Sportplatz an der Watzmannstraße** in Buchholz. FDP-Bezirksvertreter Dr. Horst Wegner hatte sich mit guten Gründen in der Bezirksvertretung Süd gegen die Aufstellung dieses Bebauungsplans ausgesprochen, dementsprechend stimmte die Ratsfraktion nun auch dagegen.

Die FDP-Fraktion hatte im Vorfeld der Ratssitzung vernommen, dass der Stadtkämmerer Dr. Peter Langner die Stadt aus der Trägerschaft der **PTA-Lehranstalt** (Schule für Pharmazeutisch-technische-Assistentinnen) nehmen wolle. Die Schule wird zu einem Teil vom Land und den Apothekern gefördert und zum anderen durch die monatlichen Kursgebühren der Teilnehmerinnen, so dass der Stadt in der Vergangenheit nur äußerst selten einmal (sehr geringe) Kosten für diese Schule entstanden sind. Zu dieser (beinahe) Kostenneutralität kommt, dass alle 142 Schulabgängerinnen üblicherweise sofort Arbeitsplätze finden. Die FDP-Fraktion hatte in Zusammenarbeit mit der Schulleitung errechnet und vorgeschlagen, dass es sinnvoll wäre, die Kurs- und Prüfungsgebühren der Teilnehmerinnen etwas zu erhöhen, um zukünftig gänzlich auszuschließen, dass auf die Stadt als Träger Kosten zukommen könnten. Dennoch argumentierte der Kämmerer, dass (aus Prinzip) alle städtischen Verträge gekündigt werden sollten, die nicht zwingend erforderlich wären. Die Suche nach einem neuen Träger hätte sich aber evtl. kompliziert gestaltet und hätte schlimmstenfalls das Ende dieser Einrichtung bedeuten können. Also hatte die FDP-Fraktion einen entsprechenden Antrag formuliert. Die anderen Fraktionen waren von der Argumentation so überzeugt, dass der Stadtrat diesen FDP-Antrag einstimmig beschloss.

Desweiteren hatte die FDP eine **Anfrage** an die Stadtverwaltung gestellt, mit der Bitte zu eruiieren, ob es inzwischen nicht günstiger wäre, für Mandatsträger (die es wünschen), Online-Sticks und **Netbooks anzuschaffen** und so die hohen Kosten für Druck und Versand der zahlreichen Beschlussvorlagen zu sparen. Vor einigen Jahren waren die Anschaffungskosten für Laptops noch zu hoch, inzwischen gibt es aber sog. Online-Sticks (mit Verträgen), bei denen ein Notebook oft gratis dazu gegeben wird. Die Voraussetzungen für einen Umstieg von Papier auf Computer haben sich also deutlich verändert, so dass eine erneute Prüfung angebracht erscheint. Zur Beantwortung dieser Anfrage benötigt die Verwaltung erwartungsgemäß aber noch etwas Zeit.

Eine weitere Anfrage der FDP-Ratsfraktion bezog sich auf die **Ansiedlung der beiden Möbelhäuser** Höffner (Krieger) im Gebiet der „neuen Freiheit“ und Möbel Ostermann auf dem Zeus-Gelände in Meiderich. Stadtdirektor Dr. Peter Greulich gab einen aktuellen Sachstandsbericht. Er beschrieb den direkten Vergleich der beiden Möbelhäuser als nicht ganz zutreffend, da es sich in einem Fall um die Entwicklung eines ganzen Areals handele und nicht nur

um die Ansiedlung eines Möbelhauses. Es gäbe intensive Abstimmungsgespräche mit beiden Investoren und die Planungen gingen zügig voran. Bei der konkreten Abstimmung zwischen Investor Krieger und Aurelis, dem Investor der Nebenflächen in der „neuen Freiheit“, helfe die Stadt.

Heftige Diskussionen entstanden gegen Ende der Ratssitzung noch mal bei zwei Themen. Zum einen teilte der Oberbürgermeister dem Rat mit, dass die Verwaltung der Finanzaufsicht nicht schlüssig erklären konnte, warum der langjährige **Vertrag mit der Konzertdirektion Landgraf** nicht gekündigt werden sollte. Die Konzertdirektion Landgraf hat mit der Stadt Duisburg seit 1988 einen Vertrag darüber, in der Rheinhausenhalle, der Glückauf-Halle (Homburg) und in der Stadthalle in Walsum spielfertige Theaterstücke aufzuführen. Die komplette Organisation übernimmt dabei die Konzertdirektion, die Stadt muss nur die spielfertige Halle zur Verfügung stellen. Natürlich fallen für die Stadt dabei geringe Kosten für Feuerwehr, Garderobe, Hallenpersonal etc. an, die offenbar nun von der Finanzaufsicht angemahnt wurden. Zudem ist dieser Vertrag derzeit kündbar.

Die meisten Ratsmitglieder empfinden diese Theaterdarbietungen in den Stadtbezirken als ein „Basis-Kulturangebot“ der Stadt, dass als Pflichtaufgabe gemäß der Nordrhein-Westfälischen Verfassung angesehen werden müsse und nicht als „freiwillige Ausgabe“. Außerdem sind die jährlichen Kosten für die zahlreichen Veranstaltungen außerordentlich niedrig und bei diesen Kostenbemessungen handelt es sich lediglich um verwaltungsintern errechnete Kosten, d.h. es fließen nicht wirklich Gelder, die eingespart werden könnten. Dennoch erklärte der Oberbürgermeister den Ratsmitgliedern das er beabsichtige, diesen Vertrag zu kündigen, wenn den Ratsmitgliedern jetzt nicht neue Argumente einfallen, mit denen die Finanzaufsicht überzeugt werden könne. Gleichzeitig wurde von der Verwaltung dargelegt, dass zur Kündigung des Vertrages ein Beschluss des Stadtrates erforderlich sei. Nach heftigen Wortwechseln stimmte der **Rat einstimmig gegen die Kündigung des Vertrags** (bei Stimmenthaltung der CDU) mit der Konzertdirektion Landgraf, worauf der OB entgegnete, dass er der Finanzaufsicht dies mitteilen werde, aber er dennoch weiterhin beabsichtige, den Vertrag zu kündigen, was den Unmut vieler Ratsmitglieder hervorrief. Es wird spannend, in der nächsten Zeit zu beobachten, wie sich dieses Thema weiter entwickeln wird.

Eine letzte Diskussion kam auf bei einem weiteren vermeintlich harmlosen Thema, der „Wahl der Delegierten zur Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen **Migrantenvertretungen NRW** (LAGA NRW) – Wahl eines Delegierten für den Hauptausschuss“. Der Integrationsrat hatte schon vor einigen Monaten mehrheitlich einen Delegierten und einen Stellvertreter aus seiner Mitte gewählt. Der Rat der Stadt ist dieser Wahl in der darauffolgenden Sitzung aber mehrheitlich nicht gefolgt. Ohne Kommentar lehnten SPD, Grüne und Linke die vom Integrationsrat vorgeschlagenen (gewählten) Personen ab. Die Wahl wurde im Integrationsrat unter scharfen Auseinandersetzungen der beiden politischen Seiten wiederholt, jedoch mit dem gleichen Ergebnis. Und abermals lehnte der Rat mehrheitlich die vorgeschlagenen Personen ab.

Nun, in dieser Ratssitzung hatten SPD, Grüne und Linke selbst einen Antrag eingebracht, in dem je ein Delegierter und ein Stellvertreter benannt wurde und nun vom Rat der Stadt in das o.g. Gremium entsendet werden sollte. Allerdings handelte es sich nicht um die beiden, vom Integrationsrat gewählten Personen, vielmehr handelte es sich um zwei Vertreter der politischen Linke, die mit ihren **Vorschlägen im Integrationsrat** gescheitert waren. Nun brach im Rat eine Diskussion darüber aus, ob der Stadtrat Personen wählen dürfe, die vorher nicht vom Integrationsrat gewählt worden sind und ob die LAGA NRW diese Personen unter diesen Umständen überhaupt akzeptieren würde. SPD, Grüne und Linke wählten dennoch mehrheitlich die von ihnen vorgeschlagenen Personen, eine Person der Grünen enthielt sich der Stimme, CDU, DWG, OB und FDP stimmten dagegen, weil sie der Meinung sind, dass das Votum des Integrationsrates entscheidend ist und dem auch so gefolgt werden solle. Auch bei diesem Thema bleibt das Gefühl, dass diese Geschichte noch nicht am Ende ist.

Die nächste Sitzung des Stadtrates ist am 30. Mai 2011 geplant.